

GASTKOMMENTAR

Schluss mit dem Eiertanz

von Michael Kaeding

Auch die Bürgerschaftswahl in Bremen hat wieder einmal gezeigt: Immer weniger Menschen gehen zur Wahl, egal ob bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen. Politik und Öffentlichkeit weltweit wissen um das Problem. Doch in Deutschland kommt die Debatte schon seit Jahren nicht so richtig in Fahrt. Zudem greifen aktuelle Lösungsansätze der Parteien hierzulande entweder zu kurz, sind marginal oder gehen in die falsche Richtung.

Das hat zwei Ursachen: Erstens stellt niemand die Frage, wer diese Nichtwähler sind. Und zweitens erscheint die politische Vorstellungskraft im Bereich der Lösungsmöglichkeiten mutlos.

Wer sind die Nichtwähler? Die Bevölkerungsgruppe besteht in einem stetig größer werdenden Teil aus Menschen, die nicht mehr Teil des politischen Prozesses sind. In ihren Wohnvierteln existiert Politik (scheinbar) nicht: Im Elternhaus wird nicht über politische Themen gesprochen, keiner der Freunde, Verwandten oder Nachbarn geht wählen, und persönlich hat man oftmals die Erfahrung gemacht, dass die Gesellschaft sich nicht für einen interessiert. Auch deshalb ist Deutschland eine (sozial) „gespaltene Demokratie“. Denn Politik geht programmatisch und personell immer weniger auf diese Gruppen ein. Aber wenn in Deutschland „Volk“ und „Wähler“ zunehmend nicht mehr identisch sind, gibt es ein Problem.

Zu seiner Lösung gibt es jedoch effektivere Maßnahmen als diejenigen, die zuletzt „revolutionär“ von Parteigeneralsekretären vorgeschlagen wurden. Letztere lassen sich in vier Kategorien einteilen: mehr Bürgerbeteiligung, Verbesserung des politischen Prozesses, das Setzen von Anreizen und institutionelle Veränderungen. Die drei erstgenannten haben sich entweder als wirkungslos oder gar kontraproduktiv erwiesen. Am erfolgreichsten bei der Nivellierung der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung sind institutionelle Maßnahmen wie zum Beispiel Briefwahl, Wahlen am Wochenende und die automatische Wählerregistrierung. Allerdings sind diese Maßnahmen in Deutschland weitestgehend ausgeschöpft.

Allen deutschen Lösungsansätzen gemein ist zudem, dass sie das Kernproblem, die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung, nicht angehen. Arend Lijphart forderte deshalb schon 1997 die Einführung der gesetzlichen Wahlpflicht. Seitdem zeigt die Forschung, dass sie die einzige effektive Maßnahme zur Lösung dieses Problems darstellt.

Allerdings geht es dabei nicht um eine Form der versuchten politischen Einflussnahme. Es geht darum, dass sich der Bürger auch tatsächlich an der Wahl beteiligt. Die Wahlpflicht ist somit nur eine Wahlteilnahmepflicht, die ausschließlich die hohe Zugangshürde für viele Bürger beseitigt.

Deutschland braucht daher keinen weiteren mutlosen Eiertanz, sondern eine lebhafte Debatte über die Einführung der gesetzlichen Wahlteilnahmepflicht und zwar bei

allen Wahlen, auf allen Ebenen. Denn nur sie bringt die Wahlen in die Lebenswelt aller Bürger. Zudem ist sie rechtlich und normativ zu rechtfertigen und beseitigt durch die in Wahlpflichtsystemen typisch hohen Beteiligungsquoten das größte Übel: die soziale Schieflage. Im Endeffekt ermöglicht nur sie es der Politik, ihre Aufgabe wahrzunehmen: Politik für das ganze Volk (und nicht nur für die Wähler!).